



DIE SOZIALHILFE IN OBERÖSTERREICH

Wer bekommt sie,
wie hoch ist sie?

Stand: März 2022

oe.arbeiterkammer.at

AK
Oberösterreich



Andreas Stangl
AK-PRÄSIDENT

ARMUTSSICHERE LEISTUNGEN FÜR MENSCHEN IN SOZIALER NOTLAGE

Die gesetzlichen Änderungen bei der seit 1. Jänner 2020 geltenden Sozialhilfe (vormals Mindestsicherung) belasten viele Betroffene, insbesondere Familien mit mehreren Kindern. Durch Corona-Krise, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben sich die Einkommen vieler Menschen stark verringert. Die hohe Inflation verschärft die soziale Notlage zusätzlich und immer mehr Menschen sind auf Sozialhilfe angewiesen.

Dieses Gesetz, das auf einem zentralen Projekt der einstigen türkis-blauen Regierung beruht, muss daher aus Sicht der Arbeiterkammer komplett überarbeitet werden. Es muss dafür sorgen, dass Menschen in sozialen Notlagen Leistungen erhalten, die Armut wirksam vermeiden.

Die Politik muss zudem mehr Anstrengungen unternehmen, dass die Menschen erst gar nicht in die Situation geraten, Sozialhilfe beantragen zu müssen. Das erfordert insbesondere eine stabile soziale Absicherung im Falle von Arbeitslosigkeit. Die Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld muss von 55 auf mindestens 70 Prozent des vorigen Nettolohns angehoben werden. Arbeitslose Menschen sollten mit dem Arbeitslosengeld – ohne Sozialhilfe – einigermaßen gut über die Runden kommen können.

In dieser Broschüre finden Sie die wesentlichsten Informationen zur Sozialhilfe in Oberösterreich.

Andreas Stangl
AK-Präsident



Habe ich Anspruch auf Sozialhilfe?

Anspruch auf Sozialhilfe besteht, wenn Sie Ihren Lebensunterhalt und Wohnbedarf oder den Ihrer Angehörigen mit eigenen Mitteln (Lohn/Gehalt, Arbeitslosengeld, Notstandhilfe oder vorhandenes Vermögen) nicht selbst bestreiten können. Voraussetzung: Sie müssen grundsätzlich bereit sein, arbeiten zu gehen (Ausnahmen siehe Seite 9 „Muss ich arbeitswillig sein, um Sozialhilfe beziehen zu können?“).



ACHTUNG!

Bevor Sie Sozialhilfe erhalten, müssen Sie vorhandenes Vermögen – z. B. Ersparnisse von mehr als 5.867,64 Euro pro bezugsberechtigter Person (Wert 2022) – aufbrauchen (Ausnahmen siehe Seite 7 „Darf ich überhaupt kein Vermögen haben, um Sozialhilfe zu bekommen?“).



Wie viel Geld bekomme ich durch die neue Sozialhilfe?

Die Sozialhilfe (Geld- oder Sachleistungen) beträgt im Jahr 2022 monatlich (zwölf Mal pro Jahr)

- ▶ für Alleinstehende und Alleinerziehende 977,94 Euro,
- ▶ für (Ehe-)Paare 684,56 Euro pro Person,
- ▶ bei einem minderjährigen Kind 244,49 Euro,
- ▶ bei zwei minderjährigen Kindern 195,59 Euro pro Kind,
- ▶ bei drei minderjährigen Kindern 146,69 Euro pro Kind,
- ▶ bei vier minderjährigen Kindern 122,24 Euro pro Kind,
- ▶ bei fünf oder mehr minderjährigen Kindern 117,35 Euro pro Kind.

Alleinerziehende erhalten pro Kind zusätzlich (AlleinerzieherInnenbonus)

- ▶ für das erste minderjährige Kind 117,35 Euro,
- ▶ für das zweite minderjährige Kind 88,01 Euro,
- ▶ für das dritte minderjährige Kind 58,68 Euro,
- ▶ für jedes weitere minderjährige Kind 29,34 Euro pro Kind.

Für voll- und minderjährige Personen mit Behinderung (Behindertenpass, Bezug der erhöhten Familienbeihilfe) gibt's einen Zuschlag von 176,03 Euro. Erhält die behinderte Person eine bestimmte Sachleistung (z.B. Geldleistungen für Persönliche Assistenz) im Rahmen des Oö. Chancengleichheitsgesetzes, so kann diese Leistung den „Bonus“ teilweise oder gänzlich reduzieren.

Falls Sie in einem Eigenheim leben oder keine Wohnkosten haben, kann sich Ihre Sozialhilfe um bis zu 25 Prozent bzw. um bis zu maximal 244,49 Euro verringern. Dies gilt für jede bezugsberechtigte volljährige Person im Haushalt. Besteht ein Wohnaufwand, so muss jede erwachsene Person im Antragsformular (Beiblatt) diesen konkret anführen. Ansonsten wird die Beihilfe gekürzt. Erhalten Sie die Wohnbeihilfe, so reduziert sich die Sozialhilfe um diesen Betrag.

Falls Sie nicht krankenversichert sind, ist in der Sozialhilfe ein Krankversicherungsschutz inkludiert.



ACHTUNG!

Die konkrete Höhe der Sozialhilfe hängt vom gesamten Haushaltseinkommen ab. Die Sozialhilfe wird als Differenz zu den vorhandenen Mitteln (Einkommen, Leistungen Dritter – z. B. Unterhalt, Vermögen) gewährt. Das heißt, dass kein Anspruch auf Sozialhilfe besteht, wenn zwar Sie sehr wenig verdienen, aber Ihr Partner, der im gemeinsamen Haushalt lebt, viel mehr und Ihr Familieneinkommen (ohne Familienbeihilfe oder Pflegegeld, das nachweislich zur Deckung des Pflegebedarfs ausgegeben wurde, etc.) daher über den Richtsätzen liegt.

Beispiel:

Birgit Meyer ist alleinerziehende Mutter von zwei Kindern. Vom Vater der beiden Kinder erhält sie monatlich 300 Euro Unterhalt. Wegen der unpassenden Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtung kann Frau Meyer nur eine schlecht bezahlte Stelle annehmen. Sie verdient inklusive Sonderzahlungen 800 Euro netto im Monat und hat daher Anspruch auf Unterstützung im Rahmen der Sozialhilfe. Die Höhe: 977,94 Euro + 2 x 195,59 Euro zuzüglich AlleinerzieherInnenbonus 117,35 Euro + 88,01 Euro = 1.574,48. Von diesem Betrag abzuziehen sind die Unterhaltszahlung (300 Euro) und Ihr Gehalt (800 Euro) – insgesamt also 1.100 Euro. Frau Meyer bekommt daher 474,48 Euro Sozialhilfe pro Monat.

Die Familienbeihilfe der Kinder wird im Rahmen der Sozialhilfe nicht als Einkommen angerechnet, etwaiges Kinderbetreuungsgeld jedoch schon.

Gibt es eine Obergrenze bei der Sozialhilfe in Oberösterreich?

Ja. Wenn mehrere erwachsene (volljährige) Personen in einem gemeinsamen Haushalt leben, so ist die Summe der Sozialhilfe mit 1.711,40 begrenzt (175 Prozent des Netto-Ausgleichszulagenrichtsatzes für Alleinstehende). Wird dieser Betrag überschritten, so müssen jedoch pro erwachsener Person zumindest 195,59 Euro (Wert für 2022) ausbezahlt werden. Etwaige Einkommen, z. B. eine AMS-Leistung, reduzieren diesen Wert aber wieder.

Kann ich Sozialhilfe gleichzeitig mit Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe beziehen?

Sind Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe niedriger als die Sozialhilfe, gibt es eine Aufstockung in Form des Differenzbetrags. Weitere Einkommen im Haushalt, z. B. Erwerbseinkommen inklusive Sonderzahlungen, Kinderbetreuungsgeld oder Unterhaltszahlungen, reduzieren die Sozialhilfe aber wieder.



ACHTUNG!

Folgende Leistungen sind unter anderem generell von der Anrechnung ausgenommen: Familienbeihilfe, Kinderabsetzbetrag, Alleinverdiener- und Alleinerzieherabsetzbetrag, Spenden¹⁾ sowie Pflegegeld, das nachweislich zur Deckung des Pflegebedarfs ausgegeben wurde. Darüber hinaus wird auch der Heizkostenzuschuss des Landes OÖ nicht dem Einkommen angerechnet.

Kann ich zur Sozialhilfe „dazuverdienen“?

Nehmen Sie während des Sozialhilfe-Bezugs eine Erwerbstätigkeit auf (gilt nicht für ein Lehrverhältnis), so werden 35 Prozent Ihres monatlichen Nettoeinkommens – maximal jedoch 195,59 Euro (Wert für 2022) – nicht bei der Sozialhilfe berücksichtigt und reduzieren daher die Sozialhilfe nicht. Diese Regelung gilt für bis zu zwölf Monate, dann können Sie den

¹⁾ Freiwillige Geldleistungen der freien Wohlfahrtspflege oder Leistungen von Dritten, die ohne rechtliche Verpflichtung erbracht werden, außer sie werden bereits ununterbrochen vier Monate gewährt oder erreichen ein Ausmaß, zu dem eine Leistung der Sozialhilfe nicht mehr erforderlich wäre.

Freibetrag erst nach 36 Monaten erneut gewährt bekommen. Achtung: Jede Erwerbstätigkeit müssen Sie der Behörde melden!

Muss ich mein Haus verkaufen, bevor ich Sozialhilfe beantrage?

Wird das Haus oder die Eigentumswohnung für eigene Wohnzwecke genutzt, muss nicht verkauft werden. Allerdings: Wenn die Sozialhilfe länger als drei unmittelbar aufeinander folgende Jahre bezogen wird, wird eine Sicherstellung im Grundbuch erfolgen.

Darf ich überhaupt kein Vermögen haben, um Sozialhilfe zu bekommen?

Bestimmte Wertgegenstände dürfen behalten werden. Dazu zählen unter anderem ein angemessener Hausrat, ein Auto, das wegen des Berufs, einer Behinderung oder einer unzureichenden Infrastruktur notwendig ist, oder verwertbares Vermögen, z. B. Ersparnisse, bis zu einer Grenze von 5.867,64 Euro pro bezugsberechtigter Person (Wert 2022).



ACHTUNG!

Wenn Sie den Besitz nennenswerter Geldbeträge – z. B. Erbschaften – verschweigen und dadurch unberechtigt Sozialhilfe erhalten, müssen Sie diese zurückzahlen.





Kann ich auch als Nicht-Österreicher/-in Sozialhilfe bekommen?

Generell erhalten nur Österreicher/-innen, Asylberechtigte und Fremde, die sich seit mindestens fünf Jahren dauerhaft, tatsächlich und rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten, bei Bedürftigkeit eine Leistung aus der Sozialhilfe. Bei EU-/EWR-Bürgern/-innen, die noch keine Aufenthaltsdauer von fünf Jahren nachweisen können, wird durch Anhörung der Fremdenbehörde festgestellt, ob aus völker- oder unionsrechtlichen Gründen ein Anspruch auf Sozialhilfe besteht. Dies ist beispielsweise bei EU-Bürgern/-innen, die erwerbstätig sind oder eine AMS-Leistung beziehen, zumeist der Fall. Keine Sozialhilfe erhalten Asylwerber/-innen und subsidiär Schutzberechtigte.

Muss ich arbeitswillig sein, um Sozialhilfe beziehen zu können?

Um Sozialhilfe erhalten zu können, müssen Sie zum „Einsatz der Arbeitskraft“ bereit sein. Das heißt beispielsweise, dass Sie sich um eine zumutbare Arbeitsstelle bewerben müssen. Auch müssen Sie bereit sein, sich zu qualifizieren, z. B. Sprachkenntnisse zu erwerben. Im Hinblick auf die Zumutbarkeit ist auf die persönliche und familiäre Situation sowie auf die Eigenart und Ursache der sozialen Notlage Rücksicht zu nehmen. Bei einer schuldhafte Verletzung der Pflichten nach dem Integrationsgesetz (B-1-Integrationsprüfung, Werte- und Orientierungskurs) erfolgt eine Reduktion der Sozialhilfe um 25 Prozent für die Dauer der Pflichtverletzung, mindestens jedoch für drei Monate.



ACHTUNG!

Der „Einsatz der Arbeitskraft“ darf nicht verlangt werden

- ▶ von arbeitsunfähigen Personen,
- ▶ von Personen, die das Regelpensionsalter (60. Lebensjahr bei Frauen / 65. Lebensjahr bei Männern) erreicht haben,
- ▶ bei Kinderbetreuungspflichten bis zum dritten Lebensjahr des Kindes, außer es gibt geeignete Betreuungsmöglichkeiten,
- ▶ bei Betreuung von Personen mit Pflegegeld ab der Stufe 3, außer es gibt alternative Betreuungsmöglichkeiten,
- ▶ bei Sterbebegleitung oder Begleitung von schwerst erkrankten Kindern,
- ▶ von Schülern/-innen, die in einer bereits vor dem 18. Lebensjahr begonnenen Erwerbs- oder Schulausbildung stehen,
- ▶ von Personen, die im Einvernehmen mit dem regionalen Träger der Sozialhilfe an einem freiwilligen Integrationsjahr teilnehmen,
- ▶ von Personen, die bestimmte Ausbildungen oder Qualifizierungsmaßnahmen absolvieren.

Muss ich jede Arbeit annehmen?

Wenn Sie nicht vom „Einsatz der Arbeitskraft“ ausgenommen sind, müssen Sie Ihre Arbeitskraft in zumutbarer Weise einsetzen. Rücksicht ist allerdings auf die persönliche (z. B. gesundheitliche Einschränkungen) und familiäre Situation (z. B. Kinderbetreuungspflichten) zu nehmen.

Was passiert, wenn ich nicht arbeitswillig bin?

Sind Sie vom „Einsatz der Arbeitskraft“ nicht ausgenommen und weigern Sie sich, eine Ihnen zumutbare Arbeitsstelle anzunehmen, so kann die Leistung nach vorheriger Ermahnung und Rechtsbelehrung durch die zuständige Behörde für eine bestimmte Dauer und stufenweise (bis zum gänzlichen Entfall) gekürzt werden. Die Deckung des Wohnbedarfs für Ihre Angehörigen darf dadurch jedoch nicht gefährdet werden.



Wirkt sich eine AMS-Sanktion auf meinen Sozialhilfe-Bezug aus?

Streicht Ihnen das AMS eine Leistung, so wird diese Kürzung nicht durch eine Leistung im Rahmen der Sozialhilfe ausgeglichen. Gibt es jedoch unterhaltsberechtignte Angehörige, dürfen bis zu 50 Prozent der gekürzten AMS-Leistung für den Wohnbedarf gewährt werden.

Kann ich als Sozialhilfebezieher/-in eine Unterstützung bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt beanspruchen?

Das AMS kann Ihnen unter Umständen Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt anbieten. Einen Rechtsanspruch darauf gibt es aber nicht.

Ich verdiene sehr wenig Geld, bekomme ich Sozialhilfe dazu?

Menschen mit niedrigem Lohn/Gehalt können eine Aufzahlung durch die Sozialhilfe beantragen, falls das gesamte Familieneinkommen (inklusive aliquoter Sonderzahlungen) unter den Richtsätzen liegt und kein nennenswertes Vermögen im Haushalt vorliegt.

Wo stelle ich den Antrag auf Sozialhilfe?

Einen Antrag auf Sozialhilfe gemäß Oö. Sozialhilfe-Ausführungsgesetz (Oö. SOHAG) können Sie bei der zuständigen Bezirkshauptmannschaft/ dem zuständigen Magistrat, bei der Gemeinde, bei Sozialberatungsstellen und beim Land Oberösterreich stellen.

Muss ich die Sozialhilfe zurückzahlen, wenn ich wieder eine Arbeit habe?

Die Sozialhilfe muss nicht zurückgezahlt werden, wenn Sie wieder arbeiten gehen. Zurückzahlen sind Leistungen u.a. dann, wenn Vermögen geerbt wird, Schadenersatzansprüche etwa wegen eines Unfalls bestehen (nicht Schmerzensgeld!) oder Sozialhilfe durch falsche Angaben unrechtmäßig bezogen wurde.

Was kann ich tun, wenn ich mit der Entscheidung der Behörde nicht zufrieden bin?

Ab dem Tag, an dem Sie Ihren Antrag gestellt haben, hat die Behörde bis zu drei Monate Zeit, einen Bescheid zu erteilen. Sind Sie mit dem Inhalt des Bescheides nicht einverstanden, können Sie innerhalb von vier Wochen eine Beschwerde bei der zuständigen Behörde einbringen. Diese hat dann wieder zwei Monate Zeit, eine Beschwerdeverentscheidung zu treffen. Ist diese Entscheidung gefallen und sind Sie auch damit nicht einverstanden, so können Sie binnen zwei Wochen ab Zustellung einen Vorlageantrag stellen: Damit verlangen Sie, dass Ihre Beschwerde vom Landesverwaltungsgericht behandelt wird.

SOZIALHILFE

ARMUTSFEST MACHEN!

Die Sozialhilfe ist eine wichtige Säule des Sozialstaates und soll helfen, Armut so gut wie möglich zu vermeiden. Sie ist das letzte soziale Absicherungsnetz für Menschen, die sich in einer sozialen Notlage befinden, und soll Personen in akuten Armutslagen eine finanzielle Absicherung ermöglichen.

Diese soziale Sicherung ist in den letzten Jahren zunehmend löchrig geworden. Insbesondere durch die Reform der türkis-blauen Bundesregierung und der Zerschlagung der österreichweiten Mindestsicherung sind sozial bedürftige Menschen zunehmend weniger geschützt.

Die Arbeiterkammer Oberösterreich fordert daher, dass die Sozialhilfe durch folgende Maßnahmen neu gestaltet und armutsfest gemacht wird.

- ▶ Heranführen der Sozialhilfeshöhe an die aktuelle Armutsgefährdungsschwelle (derzeit 1.328 Euro netto monatlich bei einem Einpersonenhaushalt, zwölfmal pro Jahr)
- ▶ Künftig kein generelles Anrechnen des Pflegegelds und der Wohnbeihilfe
- ▶ Entfall des rigiden Kontroll- und Sanktionssystems
- ▶ Sozialhilfe auch für „subsidiär Schutzberechtigte“
- ▶ Rasche und unbürokratische Gewährung von „Soforthilfe“ im Bereich der Sozialhilfe
- ▶ Ausweitung von Information und Hilfe bei der Behörde sowie Durchführung einer würdevollen Beratung beim Amt
- ▶ Gezielte Qualifizierung und Förderung sozialer Kompetenzen der Berater/-innen in den Behörden